

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 33 (1946)
Heft: 5

Artikel: Die Zukunft der Höheren Schulen in Südwestdeutschland
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-529287>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

4. Die Aufgabe für ein bestimmtes Fach soll nicht so gross sein, dass dadurch die Vorbereitung für andere Fächer leidet oder der Schüler überlastet wird. Hierin und in der Ansetzung grösserer Repetitionen haben sich die Lehrer derselben Klasse miteinander zu verständigen und nötigenfalls den Weisungen des Klassenlehrers bzw. des Rektors nachzukommen.

5. Verantwortungsbewusst wird sich die Schule auf dem laufenden halten, ob Studentenverbindungen und andere Organisationen im jeweiligen «Betrieb und Stil» und in der zeitlichen Beanspruchung des Schülers der soliden Hausarbeit und dem organischen geistigen Wachstum nicht Eintrag tun.

Kreisschreiben des soloth. Erziehungsdepartementes als zulässig erklärt (vgl. «Schweizer Schule» 15. Januar 1946); das konkrete Mass steht zur Diskussion, vor allem, ob es spezifiziert werden soll für Unterstufe und Oberstufe. «Zwei Stunden» scheint nicht zu viel, wenn man an die Studierzeit an unsern katholischen Kollegien denkt.

V. Verschiedenes.

1. Um zeitraubendes Diktieren des Lehrstoffes möglichst zu vermeiden, soll dem Unterricht ein Lehrbuch oder Manuskript zugrunde gelegt werden. Die Einführung eines neuen Lehrmittels bedarf der Genehmigung durch den Erziehungsrat.

2. Unterrichtssprache für Lehrer und Schüler ist die schriftdeutsche, in den modernen Fremdsprachen, wenigstens vom dritten Jahr an, die Fremdsprache.

3. Auf reines Schriftdeutsch, sowie auf korrekten und einigermaßen schönen sprachlichen Ausdruck ist auf allen Stufen hinzuwirken, und in den oberen Klassen ist unbedingt darauf zu dringen. Das lebendige Beispiel nicht nur der Deutschlehrer ist Voraussetzung und zugleich wirksamste Mithilfe zur Erreichung dieses Zieles.

4. In allen Fächern und auf allen Stufen dringe man auf Leserlichkeit, Sauberkeit und Ordnung in schriftlichen Arbeiten.

5. Die für ein Fach vorgesehenen Wochenstunden sollen im Stundenplan möglichst gleichmässig auf die einzelnen Wochentage verteilt werden.

Luzern.

Dr. A. Achermann, Prof.

Die Zukunft der Höheren Schulen in Südwestdeutschland

Die Unterrichtsminister der drei Länder der amerikanischen Zone Deutschlands und ihre Fachreferenten haben sich in München zu einer Arbeitstagung zusammengefunden, um die Pläne für die Gestaltung der Höheren Schulen in dieser Zone zu besprechen.

Es sei eine strenge Auslese nach Begabung der Schüler notwendig. In der Frage der Schuldauer neigt man im allgemeinen zu einer neun-jährigen Ausbildungszeit. Das ergibt mit den vier Jahren Grundschule eine Gesamtschuldauer von 13 Jahren. Wenn eine Kürzung dieser Gesamtzeit notwendig sein sollte, erscheint es am ratsamsten durch einen Volksschulbeginn im Frühjahr und einen Beginn der Höheren Schulen im Herbst die Grundschulzeit auf 3½ Jahre zu verkürzen. Die wöchentliche Zahl der Pflichtunterrichtsstunden soll nicht unter 30 liegen. Die gegenseitige Anerkennung der Reifeprüfung wurde als unbedingte Notwendigkeit bezeichnet. Am Religionsunterricht als integrierendem Teil des Lehrplans müsse unbedingt festgehalten werden. Ausserhalb des Lehrplanes sind Stunden für staatspolitische Belehrung anzusetzen.

Ueber die Reform der Höheren Schulen ist eine sehr interessante Diskussion im Gange. Die

Auffassungen der vier Länder — Baden ist bei den Verhandlungen als selbständiges Land vertreten — gehen da zum Teil auseinander. Der bayerische Unterrichtsminister Dr. Fendt erklärte: «Wir müssen uns losmachen vom Geist des enzyklopädischen Materialismus. Die studierende Jugend soll befreit werden vom sogenannten «Wissen» und zu wahrer Bildung gelangen. Die Höhere Schule muss aufbauen auf den drei Disziplinen: Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften. Sie führen zur Kunst des Denkens und Urteilens. Aus politischen und sozialen Gründen ist es erforderlich, eine Bildungsanstalt zu schaffen, die es auch weniger Bemittelten ermöglicht, ihre begabten Kinder in die Höhere Lehranstalt zu schicken. Ich komme daher zu einem Einheitstyp. Es ist auch wirtschaftlich möglich, Höhere Schulen dieser Art überall im Lande zu errichten. Ich hoffe, damit besonders aus der Land- und Kleinstadtbevölkerung den Universitäten frisches Blut zuführen zu können. Diese Absicht muss auch durch Stipendien unterstützt werden. Der Aufbau der Einheitsanstalt sieht einen einheitlichen Lehrplan für die ersten 6 Klassen vor, mit Latein von der ersten und Englisch von der dritten Klasse an. In der fünften Klasse hat sich der Schüler für Französisch

oder Griechisch zu entscheiden. Von der 7. Klasse an soll humanistischer Unterricht abgezweigt werden. Die bisherige starre Einteilung der Unterrichtsfächer soll in den Oberstufen in Arbeitsgemeinschaften aufgelockert werden. Ich denke hier an die englischen und amerikanischen High-Schools, bei denen die letzten drei Schuljahre in etwa 6—8 verschiedene Zweige aufgeteilt sind, für die sich die Schüler je nach Neigung und Berufsabsichten selbst entscheiden können. Die geistige Ueberfütterung der Schüler soll durch eine Beschränkung der Unterrichtsstunden auf höchstens 30 Pflichtstunden in der Woche vermieden werden. Die Auslese muss streng sein. Die Aufnahmeprüfungen sollen von einer Zentralstelle aus geleitet werden.»

Der württembergische Vertreter, Regierungsdirektor Dr. Mack, führte aus: «Auch wir wollen das Gymnasium wiederherstellen, aber sein Besuch sollte einer geistigen Elite vorbehalten sein. Für eine Einheitschule mit gymnasialem Charakter fehlt vor allem die Lehrerschaft, die auch nicht so schnell herangebildet werden kann. Neben dem Gymnasium ist die Oberrealschule als Bildungsstätte unentbehrlich. Sie soll mit einer Fremdsprache beginnen und in der 3. Klasse eine zweite Fremdsprache erhalten. Dazwischen ist als 3. Schultyp das Realgymnasium vorgesehen, mit Latein und Mathematik, so dass die angestrebte Denkschulung erreicht wird.»

Oberstudiendirektor Dr. Schramm, als Beauftragter Grosshessens, befürwortet aus wirtschaftlichen Gründen ein Reformschulsystem mit 2 oder 3 Abzweigungen. Englisch soll zwei Jahre lang als einzige

Fremdsprache betrieben werden. Dazu soll in der dritten Klasse Latein kommen. Nach weiteren zwei Jahren soll eine Gabelung eintreten, und zwar in einen rein humanistischen Zweig (unter starker Betonung des Griechischen), einen realgymnasialen Zweig (mit Französisch als 3. Fremdsprache) und einen naturwissenschaftlichen Zweig. Auf dem flachen Lande sollen in Form von vierklassigen Progymnasialanstalten «Zubringerschulen» für die Vollanstalten entstehen. Zur Ausbildung von Volksschullehrern soll noch ein 4. Schultyp eingeführt werden, in dem neben 2 Fremdsprachen (Englisch als Hauptsprache) auch die musischen Fächer, Musik und Werkunterricht, zu ihrem Recht kommen.

Der Vertreter Badens, Dr. Franz, äusserte sich: «Wir erkennen die besondere Stellung des Gymnasiums an und wollen es wieder herstellen. Aber es soll im wesentlichen eine Eliteschule sein. Den anderen Notwendigkeiten wollen wir durch ein Realgymnasium gerecht werden. Ein wichtiger Gesichtspunkt scheint uns die Frage der Mädchenbildung zu sein. Wir haben in Baden neben einigen Grossstädten eine Reihe kleiner Städte, in denen sich die Mädchenbildung in der Oberrealschule vollzog. Die Mädchenbildung auf rein gymnasialer Grundlage wäre wohl für die Masse der Mädchen eine viel zu grosse Belastung. Latein als Hauptsprache kann unseres Erachtens nicht für alle Schultypen in Betracht kommen. In den kleinen Orten wird wahrscheinlich das Realgymnasium dominierend bleiben. Im übrigen teilen wir das Bedenken, dass für das Gymnasium in der Art des bayrischen Planes die Lehrerschaft fehlt.» Dr. R.

Umschau

Vom Volks-Schulwesen im Irak

Aus Bagdad wird uns berichtet:

Die staatliche Selbständigkeit des Irak ist seit 1927 anerkannt. Doch blieb dem jungen Staatswesen wenig Zeit zu einer ruhigen politischen und kulturellen Entwicklung. 1930 fand König Faisal I. einen tragischen Tod, 1936 unternahm der Generalstabschef Bekir Sidki einen Staatsstreich, 1941 zettelte Raschid Ali eine Revolution an, der eine Art Kriegszustand mit England folgte. Dieser dauerte freilich nur einen Monat. Ein Teil der Bevölkerung des Iraks, der insgesamt 4,250,000 Einwohner zählt, besteht aus Nomaden; eine besonders unruhige und schwer in Zaum zu haltende Gruppe der irakischen Bevölkerung sind die ewig im Aufstand be-

findlichen Kunden, kleine Minoritäten, wie z. B. die Juden, Sabäer usw., gehen ihre eigenen Wege.

Zum Glück steht in der Person von Abdull Illah ein ebenso moderner wie tatkräftiger und zielbewusster Regent an der Spitze des Irak. Sein verantwortlicher Berater für alle Schul- und Bildungsfragen ist Hassan Salam, der bisher die oberste Leitung aller Lehrbildungsanstalten innehatte, jetzt aber Unterrichtsminister ist und seinem schwierigen Amte durchaus gewachsen scheint. Die bisherige Zersplitterung — es amtierten neben-, aber meistens gegeneinander drei Generaldirektoren des Bildungs- und Erziehungswesens — ist damit in erfreulicher Weise beseitigt.